

Amtsblatt

für den Kreis Paderborn

zugleich satzungsmäßiges Verkündungsorgan der Stadt Bad Wünnenberg

78. Jahrgang

10. März 2021

Nr. 42 / S. 1

	Inhaltsübersicht:	Seite:
133/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Aufhebung der Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus aus dem Amtsblatt vom 06.03.2021 / Bekanntmachungs-Nr. 121/2021; Borchen, Kath. Kindergarten St. Michael	2
134/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Paderborn, des Ludwig-Erhard-Berufskollegs, Klasse EH18a	3 - 7
135/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Paderborn, Karlschule Gemeinschaftsgrundschule Klasse 4a Lerngruppe B,	8 - 12
136/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Paderborn, Almeschule Wewer, Klasse 4b Gruppe A und der Betreuungsgruppe 1 (OGS)	12 - 17
137/2021	Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn – Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; Paderborn, Berufkollegs Schloß Neuhaus Klasse BF 20A	18 - 22

133/2021

**Aufhebung der Allgemeinverfügung
121/2021 vom 06.03.2021**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende Regelungen:

I.

Die Allgemeinverfügung „Öffentliche Bekanntmachung des Kreises Paderborn –Gesundheitsamt – über die Allgemeinverfügung zur Absonderung in häusliche Quarantäne zum Schutz der Bevölkerung vor der Verbreitung des Coronavirus; „Kath. Kindergarten St. Michael, Bohnenkamp 15, 33178 Borchchen“ vom 06.03.2021 wird aufgehoben.

II.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

III.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Aufgrund eines positiven POC Tests (Corona Schnelltest) einer Erzieherin des Kath. Kindergartens St. Michael in Borchchen, wurde durch die Allgemeinverfügung 121/2021 vom 06.03.2021 für bestimmte Gruppen der Einrichtung eine Quarantäne angeordnet.

Ein anschließender PCR Test der Erzieherin ergab, dass keine Erkrankung mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 vorliegt. Folglich ist auch keine Grundlage für eine Quarantäneanordnung gegeben.

Paderborn, 10.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat

134/2021

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

**den Schülerinnen und Schülern sowie dem Lehrpersonal der Klasse EH18a
des Ludwig-Erhard-Berufskollegs des Kreises Paderborn,
Schützenweg 4, 33102 Paderborn**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal der Klasse EH18a des Ludwig-Erhard-Berufskollegs des Kreises Paderborn, Schützenweg 4, 33102 Paderborn, die in der Zeit vom 04.03.2021 bis 05.03.2021 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich 19.03.2021, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Eine Verkürzungsmöglichkeit der Quarantäne wird untersagt.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein

Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

IV.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

V.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

VI.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VII.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VIII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – V:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal der Klasse EH18a des Ludwig-Erhard-Berufskollegs des Kreises Paderborn, Schützenweg 4, 33102 Paderborn, sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenschwerer der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Ein Schüler der Klasse EH18a des Ludwig-Erhard-Berufskollegs des Kreises Paderborn, Schützenweg 4, 33102 Paderborn ist am 08.03.2021 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Es wurde am 08.03.2021 bei der betroffenen Person eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Kontakt zur Indexperson erfolgte am 05.03.2021.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine mildereren Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der Anordnung dieser Behörde, soll aber in der Regel 14 Tage nach Kontakt zur positiv getesteten Person betragen.

Die Regelungen zur grundsätzlichen Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne ergeben sich aus § 5 Abs. 2 Quarantäneverordnung NRW. Eine Verkürzung nach § 5 Abs. 2 S. 3 Quarantäneverordnung NRW soll jedoch nicht erfolgen, wenn gemäß den vorgenannten Robert Koch-Institut-Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“ (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html) davon abzusehen ist.

Aus diesen Empfehlungen ergibt sich, dass aufgrund der beobachteten Zunahme der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten, die Möglichkeit einer Verkürzung der häuslichen Absonderung durch einen negativen SARS-CoV-2-Test aufgrund derzeit fehlender Daten mindestens so lange entfällt, bis mehr Erfahrungen vorliegen. Dies gilt unabhängig von einem Verdacht auf oder den Nachweis von besorgniserregenden Varianten bei der positiv getesteten Person.

Dieser fachlichen Bewertung schließe ich mich an und schließe insofern eine Verkürzungsmöglichkeit Ihrer Quarantäne aktuell aus.

Insbesondere habe ich dabei berücksichtigt, dass die sog. VOC-Fälle („Virusmutations-Fälle“) im Vergleich zu den bisher aufgetretenen SARS-CoV-2-Fällen eine stark erhöhte Übertragbarkeit und Infektionsgefahr sowie einen schwereren Krankheitsverlauf aufweisen. Darüber hinaus ist die Datenlage

zur Ausscheidungskinetik zum jetzigen Zeitpunkt noch unzureichend. Die Verbreitung der insofern für die Allgemeinheit bestehenden erhöhten Gesundheitsgefährdung gilt es frühzeitig zu unterbinden.

Daher wird empfohlen, zeitnah vor Ablauf der Quarantäne einen erneuten PCR-Test durchführen zu lassen, um eine mögliche, andauernde Infektiosität darzustellen und eine weitere Verbreitung zu verhindern.

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen und Betreuungseinrichtungen zuvorkommen und somit die generelle Öffnung derartiger Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen und Kinder nicht zu gefährden.

Zu VII.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 10.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat

135/2021

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

**den Schülerinnen und Schülern sowie dem Lehrpersonal der Klasse 4a Lerngruppe B der
Karlschule Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Paderborn,
Karlstraße 24, 33098 Paderborn**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal der Klasse 4a Lerngruppe B der Karlschule Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Paderborn, Karlstraße 24, 33098 Paderborn, die in der Zeit vom 04.03.2021 bis 05.03.2021 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich 19.03.2021, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Eine Verkürzungsmöglichkeit der Quarantäne wird untersagt.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein

**Amtsblatt
für den Kreis Paderborn**

78. Jahrgang

10. März 2021

Nr. 42 / S. 9

Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

IV.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

V.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

VI.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VII.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VIII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – V:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal Klasse 4a Lerngruppe B der Karlschule Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Paderborn, Karlstraße 24, 33098 Paderborn, sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenschwerer der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Ein Schüler der Klasse 4a Lerngruppe B der Karlschule Gemeinschaftsgrundschule der Stadt Paderborn, Karlstraße 24, 33098 Paderborn ist am 08.03.2021 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Es wurde am 08.03.2021 bei der betroffenen Person eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Kontakt zur Indexperson erfolgte am 05.03.2021.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der Anordnung dieser Behörde, soll aber in der Regel 14 Tage nach Kontakt zur positiv getesteten Person betragen.

Die Regelungen zur grundsätzlichen Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne ergeben sich aus § 5 Abs. 2 Quarantäneverordnung NRW. Eine Verkürzung nach § 5 Abs. 2 S. 3 Quarantäneverordnung NRW soll jedoch nicht erfolgen, wenn gemäß den vorgenannten Robert Koch-Institut-Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“ (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html) davon abzusehen ist.

Aus diesen Empfehlungen ergibt sich, dass aufgrund der beobachteten Zunahme der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten, die Möglichkeit einer Verkürzung der häuslichen Absonderung durch einen negativen SARS-CoV-2-Test aufgrund derzeit fehlender Daten mindestens so lange entfällt, bis mehr Erfahrungen vorliegen. Dies gilt unabhängig von einem Verdacht auf oder den Nachweis von besorgniserregenden Varianten bei der positiv getesteten Person.

Dieser fachlichen Bewertung schließe ich mich an und schließe insofern eine Verkürzungsmöglichkeit Ihrer Quarantäne aktuell aus.

Insbesondere habe ich dabei berücksichtigt, dass die sog. VOC-Fälle („Virusmutations-Fälle“) im Vergleich zu den bisher aufgetretenen SARS-CoV-2-Fällen eine stark erhöhte Übertragbarkeit und Infektionsgefahr sowie einen schwereren Krankheitsverlauf aufweisen. Darüber hinaus ist die Datenlage

zur Ausscheidungskinetik zum jetzigen Zeitpunkt noch unzureichend. Die Verbreitung der insofern für die Allgemeinheit bestehenden erhöhten Gesundheitsgefährdung gilt es frühzeitig zu unterbinden.

Daher wird empfohlen, zeitnah vor Ablauf der Quarantäne einen erneuten PCR-Test durchführen zu lassen, um eine mögliche, andauernde Infektiosität darzustellen und eine weitere Verbreitung zu verhindern

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen und Betreuungseinrichtungen zuvorzukommen und somit die generelle Öffnung derartiger Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen und Kinder nicht zu gefährden.

Zu VII.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 10.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat

136/2021

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

**den Schülerinnen und Schülern sowie dem Lehr- und Betreuungspersonal der Klasse 4b
Gruppe A und der Betreuungsgruppe 1 (OGS) der Almeschule Wewer, Am Kindergarten 18,
33106 Paderborn**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Schülerinnen und Schülern sowie das Lehr- und Betreuungspersonal der **Betreuungsgruppe 1** (OGS) der Almeschule Wewer, Am Kindergarten 18, 33106 Paderborn, die am 03.03.2021 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich **17.03.2021, 24.00 Uhr**, in häusliche Absonderung zu begeben.

Alle Schülerinnen und Schülern sowie das Lehr- und Betreuungspersonal der **Klasse 4b Gruppe A** der Almeschule Wewer, Am Kindergarten 18, 33106 Paderborn, die am 04.03.2021 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich **18.03.2021, 24.00 Uhr**, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Eine Verkürzungsmöglichkeit der Quarantäne wird untersagt.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

IV.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

V.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

VI.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VII.

Zu widerhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VIII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – V:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schülern sowie das Lehr- und Betreuungspersonal der Klasse 4b Gruppe A und der Betreuungsgruppe 1 (OGS) der Almeschule Wewer, Am Kindergarten 18, 33106 Paderborn sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenschwerer der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Ein Schüler der Klasse 4b Gruppe A und der Betreuungsgruppe 1 (OGS) der Almeschule Wewer, Am Kindergarten 18, 33106 Paderborn ist am 07.03.2021 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Es wurde am 07.03.2021 bei dem Betroffenen eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Kontakt zur Indexperson erfolgte am 03.03.2021 bzw. 04.03.2021.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine mildereren Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der Anordnung dieser Behörde, soll aber in der Regel 14 Tage nach Kontakt zur positiv getesteten Person betragen.

Die Regelungen zur grundsätzlichen Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne ergeben sich aus § 5 Abs. 2 Quarantäneverordnung NRW. Eine Verkürzung nach § 5 Abs. 2 S. 3 Quarantäneverordnung NRW soll jedoch nicht erfolgen, wenn gemäß den vorgenannten Robert Koch-Institut-Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“ (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html) davon abzusehen ist.

Aus diesen Empfehlungen ergibt sich, dass aufgrund der beobachteten Zunahme der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten, die Möglichkeit einer Verkürzung der häuslichen Absonderung durch einen negativen SARS-CoV-2-Test aufgrund derzeit fehlender Daten mindestens so lange entfällt, bis mehr Erfahrungen vorliegen. Dies gilt unabhängig von einem Verdacht auf oder den Nachweis von besorgniserregenden Varianten bei der positiv getesteten Person.

Dieser fachlichen Bewertung schließe ich mich an und schließe insofern eine Verkürzungsmöglichkeit Ihrer Quarantäne aktuell aus.

Insbesondere habe ich dabei berücksichtigt, dass die sog. VOC-Fälle („Virusmutations-Fälle“) im Vergleich zu den bisher aufgetretenen SARS-CoV-2-Fällen eine stark erhöhte Übertragbarkeit und Infektionsgefahr sowie einen schwereren Krankheitsverlauf aufweisen. Darüber hinaus ist die Datenlage

zur Ausscheidungskinetik zum jetzigen Zeitpunkt noch unzureichend. Die Verbreitung der insofern für die Allgemeinheit bestehenden erhöhten Gesundheitsgefährdung gilt es frühzeitig zu unterbinden.

Daher wird empfohlen, zeitnah vor Ablauf der Quarantäne einen erneuten PCR-Test durchführen zu lassen, um eine mögliche, andauernde Infektiosität darzustellen und eine weitere Verbreitung zu verhindern

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen und Betreuungseinrichtungen zuvorkommen und somit die generelle Öffnung derartiger Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen und Kinder nicht zu gefährden.

Zu VII.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 10.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat

137/2021

**Allgemeinverfügung
des Kreises Paderborn
zur Absonderung in häusliche Quarantäne
zum Schutz der Bevölkerung des Kreises Paderborn vor der Verbreitung des Coronavirus
SARS- CoV- 2**

gegenüber

**den Schülerinnen und Schülern sowie dem Lehrpersonal der Klasse BF 20A
des Berufkollegs Schloß Neuhaus, An der Kapelle 2,
33104 Paderborn-Schloß Neuhaus**

Gemäß §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 des Gesetzes zur Verhütung und Bekämpfung von Infektionskrankheiten beim Menschen (Infektionsschutzgesetz – IfSG) vom 20.07.2000 (BGBl. I S. 1045), § 3 Abs. 3 Nr. 1 des Gesetzes zur Regelung besonderer Handlungsbefugnisse im Rahmen einer epidemischen Lage von nationaler oder landesweiter Tragweite und zur Festlegung der Zuständigkeiten nach dem Infektionsschutzgesetz (Infektionsschutz- und Befugnisgesetz - IfSBG-NRW) vom 14.04.2020 (GV. NRW. S. 218b) sowie § 35 Satz 2 des Verwaltungsverfahrensgesetzes für das Land Nordrhein-Westfalen (VwVfG NRW) vom 12.11.1999 (GV. NRW S. 602) - jeweils in der z.Zt. gültigen Fassung – erlässt der Kreis Paderborn folgende

Allgemeinverfügung

I.

Alle Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal der Klasse Klasse BF 20A des Berufkollegs Schloß Neuhaus, An der Kapelle 2, 33104 Paderborn-Schloß Neuhaus, die am 04.03.2021 die Einrichtung besuchten, haben sich unverzüglich bis einschließlich 18.03.2021, 24.00 Uhr, in häusliche Absonderung zu begeben.

II.

Eine Verkürzungsmöglichkeit der Quarantäne wird untersagt.

III.

Die unter Ziffer I. genannten Personen dürfen die eigene Häuslichkeit ohne ausdrückliche Zustimmung des Gesundheitsamtes des Kreises Paderborn während dieser Zeit nicht verlassen. Wenn sich an die eigene Häuslichkeit ein Balkon, eine Terrasse oder ein Garten anschließt, dürfen sich die betroffenen Personen auch in diesem Bereich aufhalten, wenn der Bereich ausschließlich von ihnen oder mit ihnen zusammenlebenden Personen benutzt wird.

Den betroffenen Personen wird untersagt, während dieser Zeit Besuch von Personen zu empfangen, die nicht ihrem Haushalt angehören. Der Kontakt zu haushaltsangehörigen Personen soll auf ein

Mindestmaß beschränkt werden. Bei unverzichtbaren Kontakten soll eine Alltagsmaske (Empfehlung FFP2) getragen werden.

Sollte ein Kontakt mit anderen Personen zwingend notwendig werden, so ist dies vorab mit dem Gesundheitsamt des Kreises Paderborn abzustimmen.

IV.

Die unter Ziffer I. genannten Personen sind ferner verpflichtet, das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn unverzüglich zu kontaktieren, wenn typische Symptome einer Infektion mit dem Coronavirus SARS-CoV-2 wie Husten, Fieber, Schnupfen oder Verlust des Geruchs- und Geschmackssinns innerhalb der Zeit der Absonderung bei ihnen auftreten.

V.

Die Anordnungen zu den Ziffern I.-IV. gelten nicht für Personen, die durchgängig eine Maske getragen haben, die dem Standard einer FFP2-Maske entspricht. Ebenfalls ausgenommen sind Personen, die bereits an einem durch Labordiagnostik nachgewiesenen Coronavirus SARS-CoV-2 erkrankt waren.

VI.

Diese Allgemeinverfügung ist aufgrund von § 80 Abs. 2 Nr. 3 Verwaltungsgerichtsordnung (VwGO) vom 19.03.1991 (BGBl. I S. 686) in der jeweils gültigen Fassung i. V. m. §§ 28 Abs. 3, 16 Abs. 8 IfSG sofort vollziehbar.

VII.

Zuwiderhandlungen gegen diese Anordnung stellen eine Ordnungswidrigkeit gemäß § 73 Abs. 1a Nr. 6 IfSG dar, die mit einer Geldbuße geahndet werden kann.

VIII.

Diese Allgemeinverfügung gilt gemäß § 41 Abs. 4 S. 3 und 4 VwVfG NRW einen Tag nach der Bekanntmachung als bekannt gegeben. Die Bekanntgabe erfolgt durch die Veröffentlichung im Amtsblatt des Kreises Paderborn.

Begründung

Zu I – V:

Diese Allgemeinverfügung dient dem Zwecke, die Ausbreitung des Coronavirus SARS-CoV-2 einzudämmen.

Die Anordnung der häuslichen Absonderung /Quarantäne ergeht auf Grundlage der §§ 28 Abs. 1 Satz 1, 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG in Verbindung mit den §§ 1 Abs. 1 und 3 Abs. 3 Nummer 1 des IfSBG NRW.

Gemäß § 28 Abs. 1 Satz 1 IfSG trifft die zuständige Behörde die notwendigen Schutzmaßnahmen, wenn Kranke, Krankheitsverdächtige, Ansteckungsverdächtige oder Ausscheider festgestellt werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung übertragbarer Krankheiten erforderlich ist. Sie kann insbesondere Personen verpflichten, den Ort, an dem sie sich befinden, nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu verlassen oder von ihr bestimmte Orte oder öffentliche Orte nicht oder nur unter bestimmten Bedingungen zu betreten.

Gemäß § 30 Abs. 1 Satz 2 IfSG kann bei Kranken, Krankheitsverdächtigen, Ansteckungsverdächtigen und Ausscheidern angeordnet werden, dass sie in geeigneter Weise abgesondert werden, soweit und solange es zur Verhinderung der Verbreitung der übertragbaren Krankheit notwendig ist.

Zuständige Behörde ist gemäß § 28 Abs. 1 IfSG i. V. m. § 3 Abs. 3 Nr. 1 IfSBG NRW das Gesundheitsamt des Kreises Paderborn, da ein sofortiges Tätigwerden aus Gründen der unmittelbaren Gefahrenabwehr geboten ist.

Die Schülerinnen und Schülern sowie das Lehrpersonal der Klasse BF 20A des Berufkollegs Schloß Neuhaus, An der Kapelle 2, 33104 Paderborn-Schloß Neuhaus, sind ansteckungsverdächtig im Sinne des § 2 Nr. 7 IfSG. Hierzu zählen Personen, von denen anzunehmen ist, dass sie Krankheitserreger aufgenommen haben, ohne krank, krankheitsverdächtig oder Ausscheider zu sein.

Die durch das Corona-Virus SARS-COV-2 hervorgerufenen Erkrankung ist unzweifelhaft eine übertragbare Krankheit im Sinne des § 2 Nr. 3 IfSG. Das Virus ist hochansteckend und kann durch Tröpfcheninfektion, durch die Ausscheidung von Viren in der Atemluft (Aerosole) und durch eine Schmierinfektion (auf Gegenständen) von Mensch zu Mensch übertragen werden.

Eine Aufnahme von Krankheitserregern ist anzunehmen, wenn mit hinreichender Wahrscheinlichkeit Kontakt zu einer infizierten Person oder einem infizierten Gegenstand bestand. Im Interesse eines wirksamen Infektionsschutzes sind dabei an die erforderliche Wahrscheinlichkeit nach allgemeinen Grundsätzen im Gefahrenabwehrrecht umso geringere Anforderungen zu stellen, je höher und folgenschwerer der möglicherweise entstehende Schaden ist. Daher kann im Fall eines hochansteckenden Krankheitserregers, der bei einer Infektion zu einer tödlich verlaufenden Erkrankung führen kann, gegen die eine wirksame medikamentöse Therapie nicht zur Verfügung steht, auch eine vergleichsweise geringe Übertragungswahrscheinlichkeit genügen (vgl. BVerwG, Urteil vom 22.03.2012 - 3 C 16/11).

Ein Schüler der Klasse Klasse BF 20A des Berufkollegs Schloß Neuhaus, An der Kapelle 2, 33104 Paderborn-Schloß Neuhaus ist am 08.03.2021 positiv auf das Coronavirus SARS-CoV 2 getestet worden. Die Betroffenen haben sich im infektiösen Zeitintervall über einen längeren Zeitraum mit der infizierten Person in einem Gruppenraum befunden. Nach medizinischen Erkenntnissen sind die letzten 4 Tage vor dem Zeitpunkt der Durchführung eines Tests, der ein positives Ergebnis aufweist, als infektiöses Zeitintervall zu werten. Gleiches gilt für Zeiträume nach der Testdurchführung. Es wurde am 08.03.2021 bei der betroffenen Person eine Testung durchgeführt, die positiv ausfiel. Der letzte Kontakt zur Indexperson erfolgte am 04.03.2021.

Die Kontaktsituation im Einzelnen ist schwer zu überblicken, etwaige Abstandsregelungen sind schwer zu kontrollieren. Darüber hinaus kann das Ausgesetztsein einer Einzelperson zu im Raum möglicherweise schwebenden infektiösen Partikeln auch durch etwaige Alltagsmasken kaum gemindert werden, da die Aerosole an der Maske vorbei eingeatmet werden.

Die vorgenannten Betroffenen sind aufgrund der aktuellen RKI-Empfehlungen - vgl. RKI, „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“, Stand 16.11.2020 – optional als „Kontaktperson der Kategorie I“ mit einem höheren Infektionsrisiko einzustufen.

Das RKI ist in § 4 IfSG als die Stelle benannt, die die wissenschaftlichen Grundlagen für Entscheidungen des Gesetzgebers und der Exekutive im Bereich des Infektionsschutzes, insbesondere bei der Verhinderung einer Weiterverbreitung übertragbarer Erkrankungen, liefert. Seinen Empfehlungen kommt daher bei der Auswahl angezeigter Schutzmaßnahmen maßgebliche Bedeutung zu.

Für Kontaktpersonen der Kategorie I mit höherem Infektionsrisiko empfiehlt es die häusliche Absonderung bei gleichzeitiger zeitlicher und räumlicher Trennung von anderen Haushaltsmitgliedern.

Die Absonderungsanordnung ist auch verhältnismäßig.

An der Eignung der Quarantäne eine Weiterverbreitung der Infektion einzudämmen, besteht kein Zweifel.

Es sind keine milderen Mittel verfügbar, die sich eindeutig als gleich geeignet erweisen.

Die Dauer der Absonderung ergibt sich aus der Anordnung dieser Behörde, soll aber in der Regel 14 Tage nach Kontakt zur positiv getesteten Person betragen.

Die Regelungen zur grundsätzlichen Möglichkeit der Verkürzung der Quarantäne ergeben sich aus § 5 Abs. 2 Quarantäneverordnung NRW. Eine Verkürzung nach § 5 Abs. 2 S. 3 Quarantäneverordnung NRW soll jedoch nicht erfolgen, wenn gemäß den vorgenannten Robert Koch-Institut-Empfehlungen zur „Kontaktpersonen-Nachverfolgung bei SARS-CoV-2-Infektionen“ (https://www.rki.de/DE/Content/InfAZ/N/Neuartiges_Coronavirus/Kontaktperson/Management.html) davon abzusehen ist.

Aus diesen Empfehlungen ergibt sich, dass aufgrund der beobachteten Zunahme der besorgniserregenden SARS-CoV-2-Varianten, die Möglichkeit einer Verkürzung der häuslichen Absonderung durch einen negativen SARS-CoV-2-Test aufgrund derzeit fehlender Daten mindestens so lange entfällt, bis mehr Erfahrungen vorliegen. Dies gilt unabhängig von einem Verdacht auf oder den Nachweis von besorgniserregenden Varianten bei der positiv getesteten Person.

Dieser fachlichen Bewertung schließe ich mich an und schließe insofern eine Verkürzungsmöglichkeit Ihrer Quarantäne aktuell aus.

Insbesondere habe ich dabei berücksichtigt, dass die sog. VOC-Fälle („Virusmutations-Fälle“) im Vergleich zu den bisher aufgetretenen SARS-CoV-2-Fällen eine stark erhöhte Übertragbarkeit und Infektionsgefahr sowie einen schwereren Krankheitsverlauf aufweisen. Darüber hinaus ist die Datenlage

zur Ausscheidungskinetik zum jetzigen Zeitpunkt noch unzureichend. Die Verbreitung der insofern für die Allgemeinheit bestehenden erhöhten Gesundheitsgefährdung gilt es frühzeitig zu unterbinden.

Daher wird empfohlen, zeitnah vor Ablauf der Quarantäne einen erneuten PCR-Test durchführen zu lassen, um eine mögliche, andauernde Infektiosität darzustellen und eine weitere Verbreitung zu verhindern

Die ergriffene Maßnahme ist angemessen, auch wenn damit spürbare Eingriffe in die persönliche Freiheit einhergehen. Die auf wenige Tage begrenzten Einschränkungen sind mit Rücksicht auf überwiegende öffentliche Belange, insbesondere das Interesse der Allgemeinheit, das Infektionsgeschehen und die damit einhergehenden Gefahren für die Gesundheit vieler Menschen möglichst effektiv einzudämmen, zumutbar. Darüber hinaus gilt es weiteren Übertragungen innerhalb von Schulen und Betreuungseinrichtungen zuvorkommen und somit die generelle Öffnung derartiger Einrichtungen und damit Bildung, Förderung sowie Fürsorge für alle Schüler/innen und Kinder nicht zu gefährden.

Zu VII.

Die Anfechtungsklage hat gegen diese Allgemeinverfügung keine aufschiebende Wirkung, § 16 Abs. 8 IfSG.

Rechtsbehelfsbelehrung:

Gegen diese Allgemeinverfügung kann innerhalb eines Monats nach Bekanntgabe Klage beim Verwaltungsgericht Minden erhoben werden. Die Klage ist beim Verwaltungsgericht Minden (Königswall 8, 32423 Minden oder Postfach 3240, 32389 Minden) schriftlich oder dort zur Niederschrift des Urkundenbeamten der Geschäftsstelle oder durch Übertragung eines elektronischen Dokuments nach Maßgabe des § 55a der Verwaltungsgerichtsordnung –VwGO- und der Verordnung über die technischen Rahmenbedingungen des elektronischen Rechtsverkehrs und über das besondere elektronische Behördenpostfach (Elektronischer-Rechtsverkehr-Verordnung – ERVV) vom 24.11.2017 (BGBl. S. 3803) einzureichen.

Paderborn, 10.03.2021

gez.

Christoph Rüter, Landrat